

Sollte eine gemäßigte israelische Regierung unter Obamas Druck geraten, würde sie zwischen dem Druck der Amerikaner und dem der militanten rechten Opposition zermürbt werden. Wenn sie auch den amerikanischen Druck unerbittlich zurückweisen wird, wird eine rechte Regierung die einzige Regierung sein, die letzten Endes den Amerikanern auch nachgeben wird. Wie jedermann in Israel weiß doch auch

sie, dass das Land vollkommen von den Amerikanern abhängig ist und einem echten Willen der Amerikaner keinen Widerstand leisten kann. Nur wird sie – anders als eine linke Regierung – damit in keine innerpolitischen Schwierigkeiten geraten, weil sie keine Opposition gegen einen Friedensprozess haben wird, denn die gemäßigte Opposition wird sich doch einem Friedensprozess nicht widersetzen.

Karin Priester

Die Priesterbruderschaft, die Politik und der Papst

Der vermeintliche Einzelfall des Bischofs Williamson, Mitglied der katholisch-traditionalistischen Pius-Bruderschaft, ist nur die Spitze eines Eisbergs. Seit Jahren ist die Nähe der Lefebvre-Anhänger zu autoritären Regimen und rechtsextremen Parteien bekannt. Papst Ratzinger stärkt mit seiner Entscheidung, die Exkommunikation von vier Bischöfen dieser Bruderschaft zurückzunehmen, die integralistisch-reaktionären Kräfte der katholischen Kirche.

Karin Priester

(* 1941) lehrt Soziologie an der Universität Münster.

priestek@uni-muenster.de



Zwanzig Jahre währte der Streit zwischen Rom und einer weltweit vernetzten katholischen Organisation mit rund 150.000 Anhängern um den französischen Erzbischof Marcel Lefebvre. 1970 hatte dieser als erklärter Gegner des Zweiten Vatikanischen Konzils die Priesterbruderschaft St. Pius X. gegründet. Schon während des Konzils (1962-1965) gehörte Lefebvre zu den Traditionalisten und stand damals gegen Kardinal Ratzinger, den heutigen Papst Benedikt XVI. Stein des Anstoßes dieser Kritiker war der »Modernismus«, der sich in dreifacher Form äußert: in der Liturgiereform, im neuen Katechismus und in der

Ökumene, die den katholischen Absolutheitsanspruch der Wahrheit relativierte. Von Politik war in den Debatten nicht die Rede, schien sich alles doch nur um die lateinische Messe und die Frage zu drehen, ob die Pius-Bruderschaft ein Schisma herbeigeführt hatte oder nicht.

Da fügte es sich *just in time*, dass einer der vier Priester, die Lefebvre 1988 gegen den Willen Roms zu Bischöfen geweiht hatte – der Engländer Richard Williamson – im November 2008 als Holocaust-Leugner von sich reden machte. Während Papst Ratzinger schon seit zwei Jahren Brücken zu den exkommunizierten schwarzen Schafen gebaut hatte, zeigte sich, dass diese so schwarz gar nicht sind, sondern von jener besonderen Brauntönung, die den Klerikalfaschismus auszeichnet.

Der Generalobere der Bruderschaft, Bernard Fellay, sprach von einem »unglücklichen« Auftritt Williamsons und dessen »persönlicher« Meinung. Von der deutschen Öffentlichkeit weniger bemerkt,

glaubte aber ein weiterer Lefebvre-Anhänger, der Leiter der Bruderschaft in Nordostitalien, Don Floriano Abrahamovicz, seine rein persönliche Meinung zu den Gaskammern kundtun zu müssen. Sie hätten nur zur Desinfizierung gedient, so Abrahamovicz, der Wert auf seine jüdische Abkunft legt. Schon deswegen könne von Antisemitismus nicht die Rede sein. Nur ein weiterer »unglücklicher« Auftritt? Schon 1987 war ein Mitglied der Bruderschaft, Abbé Laguérie, dem rechtsextremen Jean-Marie Le Pen zur Hilfe geeilt, als dieser erklärt hatte, die Gaskammern seien nur eine Fußnote der Geschichte. Le Pen, so der Abbé, sei das Opfer der »jüdischen Großfinanz, die Frankreich seit 45 Jahren unter ihrer Diktatur hält«. Die Thesen der Holocaustleugner Rocques und Faurisson seien »absolut wissenschaftlich«.

Diese »unglücklichen« Auftritte haben Tradition und fügen sich zu einem Muster. Don Giulio Tam, auch er ein von Lefebvre geweihter Priester, agiert in Italien als Redner und Jugendausbilder für die neofaschistische, mit der NPD kameradschaftlich verbundene, *Forza Nuova* und hält Mussolini für einen Märtyrer der christlichen Sache, der selig gesprochen werden müsse. 2006 griff ein weiteres Bruderschaftsmitglied, Pater Bernhard Zaby aus Altötting, zu Verschwörungstheorien. Früher hätten die Gegner der Kirche politisch missliebige Päpste umgebracht. Heute dagegen verfolgten sie den »teuflischen Plan«, sie »umzudrehen«, d.h. solche Päpste auf den Stuhl Petri zu bringen, die sich nicht mehr als Vikare Christi verstehen, sondern die liberalen Grundsätze der Freimaurer vertreten und als Förderer der Revolution agieren. Urheber des »Komplots« gegen die katholische Kirche sei die »Alta Venta«, hinter der seit dem 19. Jahrhundert die Freimaurer stünden.

Nach der Rücknahme der Exkommunikation der vier Bischöfe vom 21.01.2009 wies *Le Monde* auf die »direkte Linie« hin, die von der proto-faschistischen *Action*

Française zu den Lefebvre-Anhängern führe. Auch das Vichy-Regime wird in der Bruderschaft hochgehalten. Bekannt sind ihre Pilgerfahrten zum Grab des Marschalls Pétain auf der Ile d'Yeu.

2005 veröffentlichte die offizielle Homepage der französischen Pius-Brüder ein Interview mit dem Bürgermeister von Orange, Jacques Bompard, damals noch Mitglied des neofaschistischen *Front National* (FN). Der Anlass schien rein religiöser Natur zu sein, hatte Bompard doch seine Stadt dem Herz-Jesu-Kult geweiht. Zur Debatte stand aber auch, ob sich Katholiken politisch engagieren sollten und in welche Richtung. Bompard wusste Rat. Der rechtsextreme Publizist François Brigneau, ein ehemaliger Kollaborateur und Gründungsmitglied des FN, ließ bereitwillig seine Feder zum Lob des abtrünnigen Erzbischofs; Roland Gaucher, ebenfalls Gründungsmitglied des FN, erschien auf Veranstaltungen der Bruderschaft.

Dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist

Bereits in den 70er Jahren rief Marcel Lefebvre seine Anhänger zum »Kreuzzug« und zur Einmischung in die Politik auf. 1976 erklärte er der Zeitung *Le Figaro*, Rom habe nach dem Zweiten Vatikanum einen »Nicht-Angriffspakt« mit der Freimaurerei geschlossen und vertrete liberale Positionen. Anfang der 80er Jahre bekundete er Sympathien mit dem argentinischen Diktator Videla, unter dessen Herrschaft etwa 30.000 Regimegegner »verschwunden« waren. 1985 äußerte er sich lobend über die iberischen Diktatoren Franco und Salazar, und im gleichen Jahr rief er in der rechtsextremen Zeitung *Présent* zur Unterstützung des neofaschistischen FN auf, weil dieser gegen die Abtreibung sei.

Der Leiter der französischen Bruderschaft, Régis de Cacqueray-Valménier, for-

dert die »Christianisierung unserer Institutionen und Gesetze«. Politisches Engagement sei die Pflicht der »Familienväter«, *mulier taceat in politicis*. Einer der 1988 exkommunizierten Bischöfe, Bernard Tissier de Mallerais, erörtert das Thema »Der katholische Staat (!) und die Religion«. Es gelte zwar die Lehre von den zwei Reichen, dem geistlichen und dem weltlichen, aber als Dominanzbeziehung, denn auch der Kaiser stehe in Gottes Schuld. Für den wieder in den Schoß der Kirche aufgenommenen Bischof kommt der kirchlichen Hierarchie, also dem Klerus, die eigentliche Herrschaft zu, die sie lediglich an die weltliche Macht »delegiert«. Auch wenn diese demokratisch gewählt sei, handele sie nicht im eigenen Namen, sondern »im Namen und an Stelle des göttlichen Herrschers«. Und weiter: »Konkret schuldet der Staat der Kirche die Übereinstimmung der Gesetze mit denen des Evangeliums und den Vorschriften der Kirche, den Schutz gegen Irrtümer und gegen die Feinde der Kirche.«

Welche Haltung soll der Staat als Schuldner der Kirche gegenüber »falschen Religionen und abweichenden Kulte« einnehmen? Hier müsse das »Prinzip der Repression« angewandt werden. Schon Papst Pius XI. habe 1925 empfohlen, die zivile Gewalt heranzuziehen zur »Aufgabe, durch Strafmaßnahmen jene niederzuschlagen, die die katholische Religion verletzen, und zwar nicht nur, wenn der öffentliche Friede dies verlangt, sondern bei jeder öffentlich geäußerten Abweichung von der »katholischen Regel««. Gibt es aber in einem Staat oder in einer Staatengemeinschaft religiöse Minderheiten, so gilt das Prinzip der Toleranz, ohne jedoch die verschiedenen Kulte mit der »wahren Religion« gleichzustellen. Doch beim Toleranzprinzip erlaubt sich der Monsignore Zweifel an der päpstlichen Meinung. Eine derart generalisierte Toleranz sei gefährlich für Länder wie Frankreich, die noch »vollständig katholisch« sind. Daher könne der Bau von Moscheen nicht toleriert werden.

Brückenbauer nach rechts

Papst Ratzinger möchte Brücken nach vielen Seiten bauen, auch zur Wissenschaft. 2005 veröffentlichte er, zusammen mit dem Philosophen und Publizisten Marcello Pera, ein Buch mit dem Titel *Ohne Wurzeln*. Pera ist nicht nur Senator für Berlusconi's *Forza Italia*, sondern war zwischen 2001 und 2006 auch Senatspräsident. Eine seiner vielen Aktivitäten besteht in der Teilnahme an Kongressen gegen die islamische Gefahr. Ihm zur Seite steht in diesem Kampf ein gewisser Roberto De Mattei, Professor für moderne Geschichte und ebenfalls Publizist mit dem Hang zur Allzuständigkeit für die disparatesten Themen. De Mattei verbreitet sich zum Thema »Kirche und Homosexualität«, schreibt über die historischen Kreuzzüge, zur Aktualität von »Heiliger Krieg, gerechter Krieg« und hat eine Biografie über den Brasilianer Plinio Correa de Oliveira verfasst. In Deutschland ist diese Biografie im rechtsextremen *Regin-Verlag* erschienen, der auch Bücher über den faschistischen Mystiker Julius Evola und Werke des rumänischen Faschistenführer Codreanu verlegt. Sie alle eint der Wille zur Tradition, verstanden als unwandelbare gesellschaftliche Hierarchie und Eigentums- und Geschlechterordnung, als deren Sachwalter die katholische Kirche fungiert.

Transatlantische Beziehungen

Die katholische Kirche verfügt über ein langes, verfeinertes Herrschaftswissen, auch wenn sie offiziell den Klerikalismus, also die direkte Teilnahme an Politik durch Wahlen oder Wahlempfehlungen ablehnt. Sie macht nicht Politik, sondern lässt Politik machen. Dazu bieten sich Vernetzungen mit Stiftungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen an. Eine davon ist

die *Freedom Alliance*, deren Gründer der ehemalige CIA-Agent und heutige rechte Republikaner Oliver North es in den 70er Jahren während der Iran-Contra-Affäre zu dubiosem Zweitageruhm gebracht hat. Eine andere ist die *Lepanto Foundation*, 2001 in Washington zur »Verteidigung der westlichen christlichen Zivilisation« gegründet, deren Präsident bis vor kurzem der erwähnte Roberto De Mattei war. Er verfügt über beste Kontakte zu den USA. Anlässlich des Papstbesuchs organisierte er 2008 einen internationalen Kongress zum Thema »Why we listen when the Pope speaks«. Dieser umtriebige Multifunktionär des italienischen Rechtsextremismus ist aber nicht nur die graue Eminenz und der Ratgeber von Gianfranco Fini, dem Vorsitzenden der postfaschistischen *Alleanza Nazionale*, sondern auch Mitglied einer weiteren Organisation, der TFP (Tradizione, Famiglia, Proprietà, dt. Tradition, Familie, Eigentum), deren Gründer kein anderer als der Brasilianer Correa de Oliveira ist. Der italienische Ableger dieser rechtsextremen Sekte ist die *Azione Cattolica*, in der wiederum De Mattei die Fäden zieht. Wenn der umtriebige Professor nicht gerade auf einer der von der *Freedom Alliance*, der *Lepanto Foundation* und der TFP-gesponserten Tagungen auftritt, schreibt er für die Vatikanzeitung *Osservatore Romano* oder übt kirchliche Ehrenämter aus.

Kampf dem Relativismus oder dem Pluralismus?

Auf einer dieser transatlantischen *Joint-Venture*-Tagungen, bei denen es stets um die Identitätskrise Europas und den Relativismus der Werte geht, bekundete Pera: »Europas Antwort auf den Fundamentalismus ist Pazifismus; auf die Integration der Multikulturalismus; es gibt seine christlichen Wurzeln im Namen des Säkularismus auf. Und schließlich fügt es dem auch noch den Schuldkomplex hinsichtlich sei-

ner Vergangenheit hinzu.« Am 26.11.2008 hatte Ratzinger seinem Mitautor Pera geschrieben, ein interreligiöser Dialog sei nicht möglich, nur ein interkultureller. Auch der Liberalismus sei einzubeziehen, müsse sich aber mit dem (katholischen) Christentum verbinden. Peras Knappversion der päpstlichen Botschaft: Dialog führt zur Apostasie.

Der gemeinsame Tenor dieser Tagungen und Publikationen lautet, Europa sei infiziert von Relativismus, Nihilismus, Multikulturalismus und Pazifismus, wobei Relativismus kurzerhand mit Pluralismus gleichgesetzt wird. An diesem Strang ziehen noch weitere katholisch-integralistische Vereinigungen, zu denen, ausgehend von Italien, die international aktive katholische Laienorganisation *Comunione e Liberazione* (CL) gehört. Es ist bekannt, dass Papst Ratzinger dieser Organisation besonders nahe steht. Bekannt ist aber auch, dass die CL im Jahre 2000 Neofaschisten wie Roberto Fiore bereitwillig eine Plattform bot im gemeinsamen Kampf gegen die Abtreibung und die liberalen Freimaurer. Fiore, vom Neonaziterroristen zum Klerikalfaschisten gereift, hat das Keltenkreuz im Parteiemblem in zwischen durch das Konstantinskreuz ersetzt.

Im Sommer 2006 veranstaltete die CL in Rimini einen ihrer Mammutkongresse, auf der alles, was in der rechten Szene Rang und Namen hat, zum Oberthema »Die Freiheit in den Liberalisierungen« debattierte. Hinzu kamen Erzbischöfe, Bischöfe, Äbte, rechtskonservative ausländische Gäste, Neocons und Theocons, auch ein paar Alibi-Juden. Neben dem Mitautor des Papstes, Pera, und dem Fini-Intimus De Mattei traten auch der postfaschistische Bürgermeister von Rom, Alemanno und dessen Frau Isabella Rauti, Tochter des intransigenten Neofaschisten Pino Rauti, auf diesem katholischen Großevent auf. Worum ging es neben Gottesdiensten, Predigten, Konzerten und Buch-

präsentationen? Um die freie Marktwirtschaft, um Ratschläge für Firmengründer, um neue Technologien und Vernetzungen zwischen Industriemanagern, Staatsbürokratie und Kirche.

Der missionarische Katholizismus der CL ist nicht nur amerikafreundlich, sondern auch unternehmerfreundlich. Nationalismus war gestern. Die neuen Slo-

gans lauten: Tradition, Familie, Eigentum, von Brasilien über die Vereinigten Staaten bis Europa. Traditionalismus und *Aggiornamento* schließen sich eben nicht aus, wenn nur die Richtung stimmt. Joseph Ratzinger weiß das, auch wenn er als Benedikt XVI. über diesen kleinlichen irdischen Dingen steht. *De minimis non curat praetor*.

Richard Meng

Hessische Lehren

Die Ausgangslage zu Beginn des Wahljahres

Hessen war meist ein Sonderfall. Wegen äußerst knapper Mehrheitsverhältnisse einerseits, wegen einer gewissen historischen Vorreiterrolle bei Koalitionsbildungen andererseits. Sozialliberal, später Rot-Grün: Was in Hessen funktionierte, fand im Bund irgendwann seine Entsprechung. Und was nicht funktionierte? Zu Rot-Rot-Grün (West) kam es erst gar nicht. Und nach der Landtags-Neuwahl vom Januar 2009 drängen sich einige über Hessen hinaus weisende Interpretationen auf.

Richard Meng

(* 1954) ist seit Dezember 2007 Sprecher des Senats von Berlin.

sprecher@senatskanzlei.berlin.de



Erstens natürlich: Rot-Rot-Grün bleibt im Westen der Republik noch weit entfernt davon, als »normale« Bündnisoption empfunden zu werden. *Zweitens* aber auch: Nachdem sogar in Wiesbaden wieder eine konturlose schwarz-gelbe Mehrheit regiert, wird diese alte Kohlsche Konstellation in neuer Weise aktuell. *Drittens*: Der Ansehensverlust der SPD führt zu der Frage, ob und wie sie überhaupt in der Nach-Schröder-Generation und in einem Fünf-Parteien-System wieder führungsfähig werden kann. Und *viertens*: Roland Kochs anhaltendes Problem, das CDU-Potenzial

auszuschöpfen, hat nicht allein mit ihm selbst zu tun. Die Kanzlerin und ihre Führungsfähigkeit steht bis weit in die Union hinein in Frage.

Selbst der Endpunkt der hessischen Kuriositätenfolge hatte es noch in sich. Es war ein Wahlergebnis, das einem Misstrauensvotum gegen den Sieger Roland Koch gleich kam. Da war ein Aufstieg der FDP, die dazu selbst nichts Positives beibringen hatte. Sie hatte das machttaktische Aushungern der Ypsilanti-SPD durch ihre Vasallentreue zu Koch überhaupt erst ermöglicht – und wurde am Ende von vielen aus den Mehrheitsmilieus, denen sonst niemand mehr wahlwürdig schien, für das minimalste Übel gehalten. Wie im Bund, folgt man den Umfragen. Guido Westerwelle hält mindestens zehn Prozentpunkte mittlerweile für seine stabile Stammbasis, womit Angela Merkel nur noch das Ergebnis von 2005 halten müsste, um Schwarz-Gelb zu ermöglichen. Da war in Hessen zu-